

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Abtheilung und Capelle  
Johannstraße 22.

Verantwortlicher Redacteur:  
Mittwoch 10-12 Uhr.

Redaction:  
Mittwoch 4-6 Uhr.

Die die Rechte einziehender Ma-  
nahmen macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Papiere an Wochentagen bis  
7 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.

Die des Fiskus für Inf.-Anstalt:  
Dr. Klemm, Unterstadtstr. 22,  
Kass. Bldg., Rathenowstr. 16, p.  
am 1/2 5 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 16,000.

Abonnementpreis Viertel 47,000,  
incl. Fracht 50,000.  
Nach die Post bezogen 6 Mk.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagungspreis 10 Pf.  
Belagungspreis für Anzeigen  
ohne Postbestellung 20 Pf.  
mit Postbestellung 40 Pf.

Belagungspreis für Anzeigen  
mit Postbestellung 40 Pf.  
Belagungspreis für Anzeigen  
mit Postbestellung 40 Pf.

Kationen unter dem Redactionstisch  
die Spalte 40 Pf.

Interate sind stets an d. Redaction  
zu senden. — Abdruck wird nicht  
gegeben. Stellung pränumerando  
oder nach Vorbestellung.

№ 344.

Mittwoch den 10. December 1879.

73. Jahrgang.

## Die Botschaft des Präsidenten Hayes.

Das transatlantische Kabel hat uns bereits lang  
davor unterrichtet, daß am 1. December der Prä-  
sident der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika,  
Mr. Hayes, eine Botschaft an den Congreß er-  
lassen hat. Diese hochwichtige Actenstück enthält  
eine genaue Darlegung der Politik des Präsidenten.  
Es handelt sich dabei nicht nur um die innere Lage  
des Landes, sondern auch um die auswärtigen Ver-  
hältnisse der Republik, überhaupt um eine Klar-  
legung amerikanischer Zustände während der letzten  
Verwaltungsperiode der Vereinigten-Staaten-Regie-  
rung. Die Botschaft beginnt mit einem Dank  
an Gott für die Wohlfahrt der Nation und be-  
grüßt die Beschlüsse des Congreßes zu der erfolg-  
reichen Durchführung der die Wiedereinnahme der Staatsschulden  
verfügenden Congressacte. Seit dem 1. Jan.  
wurden alle Noten der Vereinigten Staaten, welche  
präsentiert worden, in klingender Münze eingelöst;  
aber die Präsentation von Noten war verhältniß-  
mäßig geringfügig, während die Einlagen von  
Baugeld zum Austausch von Noten den Betrag  
der eingelösten Noten um 40,000,000 Dollars  
überstiegen. Der Präsident constatirt sodann, daß  
die Wiedereinnahme der Staatsschulden von einem  
großen Widerstande des Geschäfts und einer  
großen Handelsbilanz zu Gunsten Amerikas,  
sowie einer marantanten Besserung des öffentlichen  
Credits begleitet war. Genügend 4procentige  
Obligationsanleihen wurden zu über pari verlangt,  
um in Gemäßheit des bestehenden Gesetzes die  
erforderliche Rationalschuld abtragen zu können,  
und an Zinsen wurden seit März 1877  
14,000,000 Dollars gezahlt. Der Präsident  
heißt, der Congreß werde ein Gesetz erlassen zur  
Contertirung der während der nächsten Jahre  
fällig werdenden 5- und 6procentigen Obligations-  
anleihen im Betrage von 792,000,000 Dollars in 4pro-  
centige Obligationsanleihen, wodurch der jährliche Zins-  
betrag der Nationalschuld um weitere 11,000,000  
Dollars vermindert werden würde. In Bezug  
auf die Geldprägung empfiehlt der Präsident dem  
Congreß, von jeder neuen Gesetzgebung Abstand  
zu nehmen, so lange die den europäischen Staaten  
gemachten Vorschläge für eine gleichmäßige Gold-  
und Silberprägung (Schweizer) oder ein rath-  
gemäßes nachträgliche an die Prägung der Silber-  
Dollars einzustellen, indem es, da der Marktwert  
des letzteren wesentlich geringer als der des Gold-  
Dollars sei, unmöglich sein würde, beide Dollars  
auf gleichem Werthe zu halten, wenn beide ohne  
Beschränkung geprägt werden. Die billigere in  
den Umlauf gebrachte Münze würde der einzige  
Wettbewerb des Gold- und Silberwährungs von äqui-  
valentem Werth, sowie deren Concurrenz mit dem  
allgemein anerkannten Gelde der Welt vereiteln.  
Die Zurückziehung von Noten der Vereinigten  
Staaten sollte im Interesse und für die Sicherheit  
des Volkes als die Politik und Pflicht der Regie-  
rung acceptirt werden. Der Präsident sagt dann  
weiter: „Es ist meine feste Ueberzeugung, daß  
die Ausgabe von Legal Tender-Papiergeld, ange-  
kommen im äußersten Nothfall, nicht verfassungsg-  
emäß ist und eine Verletzung gefasster finan-  
zieller Grundsätze in sich schließt. Papiergeld  
wurde nur während des Kriegs zu dem Zweck  
emittirt, um das Land von einer bevorstehen-  
den Gefahr zu retten, und seine spätere Circu-  
lation lag nicht in der Absicht der Urheber. Die  
Politik der Vereinigten Staaten war stets darauf  
gerichtet, eine Rationalschuld zu vermeiden.“ Die  
Aufrechterhaltung der vorhandenen Gesetze für  
hinreichend große Amortisationsfonds zur Tilgung  
der Staatsschuld innerhalb eines limitirten Zeit-  
raums wird befürwortet, und der Präsident empfiehlt,  
daß, wenn eine Mobilisirung der Steuern not-  
wendig sei, Zee- und Kaffe-Zölle angesetzt werden  
sollten. Das Gesetz gegen die Spielwette in  
Illin, dem noch immer Trug geboten werde, soll  
streng durchgeführt werden, und wenn sich diese  
Regel nicht als hinreichend erweist, sollen  
strengere, umfassendere und erschöpfendere Maß-  
regeln ergriffen werden. Der Präsident macht  
einen ersten Appell zum Schutze des Wahlrechts  
und bringt in den Congreß, irgendwelche Mängel  
in den Gesetzen durch Krassen der Mitwirkung  
der Regierung und Legislatur der verschiedenen  
Staaten zu ergänzen. Bei dieser Frage einmal  
glaubt, so werde der Vollendung der Pacific-  
circum des Landes kein Hinderniß mehr im  
Wege stehen. Der Präsident legt wiederholt seine  
Anschauungen in Bezug auf die Reform des  
Staatsdienstes dar und hält dieselben anrecht.  
Er unterbreitet die Berichte der Commission über  
die Geschichte dieser Reform in Großbritannien  
und bittet um die Mitwirkung des Congreßes.  
Er fährt dann fort: „Unsere Beziehungen zu den  
europäischen Staaten sind friedlich. Was Groß-  
britannien betrifft, so schweben noch einige un-  
gelöste Fragen, die aus den Localgesetzen der maxi-

malen Provinzen und dem als eine Verletzung der  
Vertragsrechte amerikanischer Fischer erachteten  
Vorgehen der Provinzialbehörden erwachsen unsere  
Forderung von 105,000 Dollars für die Fortuna-  
Dol-Affaire ist unter der Erwägung der britischen  
Regierung, und es wird eine baldige Antwort er-  
wartet. Nach Beendigung der notwendigen vor-  
läufigen Prüfungen wird die Frage anderer ver-  
tragsmäßig geregelter Beziehungen an den Pro-  
vincialfisherern, welche durch den Washingtoner  
Vertrag nur temporär abjurirt wurde, sofort der  
britischen Regierung behufs einer baldigen und  
permanenten Lösung unterbreitet werden. Es  
sind Anstrengungen zur Aufhebung der dem  
Bischofport nach dem Vereinigten Königreich  
auferlegten Beschränkungen gemacht worden. Der  
Schriftwechsel in Bezug auf die Rettung von  
Leben und Eigenthum auf den Binnenseen hat  
wichtige Veränderungen der canadischen Ver-  
ordnungen im Interesse der Humanität und des  
Handels zum Ergebnis gehabt.“ Der Präsident  
befürwortet die Bewilligung weiterer Geldmittel  
für die Vertretung Amerikas in der Welboarmer  
Ausstellung. Er theilt mit, die Regierung habe  
die Forderung eines neuen französischen Kabels vor-  
behaltenlich einer künftigen Gesetzgebung seitens des  
Congreßes und unter solchen Bedingungen ge-  
nehmigt, welche dessen Concurrenz mit vorhandener  
oder künftigen Linien sichern, eine Verschmelzung  
mit denselben auszuweisen und gleiche Rechte für  
die Vereinigten Staaten und Frankreich zu ver-  
fügen. Der Präsident empfiehlt die Zweckmäßigkeit einer  
Regelung der ganzen Frage mit Bezug auf Ele-  
graphenkabel seitens des Congreßes. Im Weiteren  
sagt er: „Die aus der canadischen In-  
surrection entstandenen Fragen mit Spanien  
sind größtentheils glücklich und ehrenvoll be-  
glichen worden. Mit Deutschland entstehen häufig  
Fragen über Naturalisation und Expatriation,  
aber die letztere Regierung hat beständig den  
Wunsch bekundet, an den bestehenden Vertrags-  
bestimmungen festzuhalten und denselben Folge zu  
lassen. Unser jüngster Vertrag mit Japan wird,  
wie man glaubt, von anderen Mächten nachgeahmt  
werden. China ist Willens, die Aufwanderungs-  
frage in Erwägung zu ziehen und an der Be-  
hinderung nachtheiliger Folgen für die Vereinigten  
Staaten mitzuwirken. Die Unterhandlungen  
dortüber schreiten rüstig vorwärts. Die Regierung  
wird China und Japan ihre guten Dienste be-  
züglich der Y-Tschu-Inseln anbieten. Die Beziehungen  
zu Mexico sind befriedigend. An der Rio-Grande-  
Grenze herrscht mehr Ruhe und man hofft, den  
Befehl zur Uebersetzung der Grenze auf der  
Verfolgung von Maraudern bald widerrufen zu  
können. Eine Gesetzgebung für die Ausbreitung  
unseres Handels mit Mexico ist wünschens-  
werth. Die vollständige Wiederherstellung des  
diplomatischen Verkehrs mit den Vereinigten Staa-  
ten von Columbia ist besonders glücklich, da die  
Panama-Canal-Frage einen neuen und wichtigen  
Aspekt angenommen hat, und nun von denjenigen  
centralamerikanischen Ländern geprüft wird, durch  
welche der Canal mittelst der Nicaragua-Route  
laufen würde. Es steht außer Zweifel, daß, wenn  
das Werk unter dem Protectorat der Vereinigten  
Staaten und unter befristeten Concessionen in  
Bezug auf das Vorgehen und dessen Sicherung  
seitens der centralamerikanischen Regierungen an-  
genommen werden sollte, das Capital für dessen  
Vollendung von den Vereinigten Staaten und  
Europa bereitwillig beschafft werden würde. Die  
Regierung hat es nicht für angezeigt erachtet, sich  
in den südamerikanischen Krieg in anderer Weise  
einzumischen, als ihre guten Dienste für den Frieden  
anzubieten, wenn die Kriegführenden bereit  
sein werden, dieselben anzunehmen. Ein Schiff  
der Marine ist nach Samoa geschickt worden,  
um Vermessungen anzustellen, von den den  
Vereinigten Staaten abgetretenen Privilegien  
Besitz zu nehmen und eine Kolonisation zu er-  
richten. Die Frage der Aulassung diplomatischer  
Beziehungen mit Rumänien und Serbien befindet  
sich unter Erwägung.“ Der Präsident empfiehlt  
eine Vermehrung der Armee auf 25,000 Mann,  
anschließlich der für besondere Dienste abgetheilt  
3500 Mann. In lauzen Worten befrwortet er  
die unverzügliche Botirung von Geldern zur Be-  
soldung der Bundesmarinelle und deren Ver-  
treter, bringt auf die Aufhebung gut gestu-  
rter Jambauer auf Reichthümern, empfiehlt eine Ver-  
größerung der Reichthümern, welche das landwirth-  
schaftliche Department genießt, und schließlich die  
Absperrung von Regreßen zur Förderung des  
Unterrichts im ganzen Lande. Wenn Alles, was  
Seine Excellenz dem Congreße zur Ausführung  
vorschlägt, auch nur zum Theile sich verwirklichen  
sollte, so könnte wohl von einer Kaiserregierung  
in der amerikanischen Union die Rede sein. In-  
dessen, wie überall, entspricht dabei das Vollen  
nicht immer dem Möglichen. Im „Weissen  
Haus“ zu Washington wird nicht minder ge-  
-

wie in den Legislaturen der Einzelstaaten, und so  
heißt es denn auch hier ganz ebenso wie in der  
alten Welt: *Illiccos muros latra pccocatur et extra!*

## Politische Uebersicht.

1879, 9. December.  
Die Verhandlungen des preussischen Land-  
tages werden auch für die nächste Zeit ein be-  
sonderes Interesse in Anspruch nehmen. Während  
man bisher der Meinung gewesen, die vorliegenden  
gesetzgeberischen Arbeiten würden einen frühzeitigen  
Schluß der Session ermöglichen, hat sich in den  
letzten Tagen die parlamentarische Geschäftslage  
wesentlich verändert. Die Vorlagen aus dem  
Ministerium des Innern sind von einem Umfang  
und einer Wichtigkeit, wie es vorher nicht erwartet  
gewesen, und zudem steht mit großer Wahrschein-  
lichkeit noch eine neue Eisenbahnvorlage  
bevor. In den knappen zwei Wochen, die vor der  
Weihnachtsvertretung noch zur Verfügung stehen,  
wird außer der ersten Eisenbahnvorlage nicht viel  
erledigt werden können. Auch die Etatberathung  
wird vor Weihnachten nicht völlig zu Ende ge-  
bracht werden können. Wir dann in den vier  
Wochen von Neujahr bis zur Reichstagsöffnung  
die große Summe der rückständigen Ar-  
beiten erledigt werden soll, ist schwer einzu-  
sehen, wenn nicht eben Vieles liegen bleibt.  
Und dabei kann man dem Abgeordnetenhaus nicht  
den Vorwurf machen, mit seiner Zeit nicht auf  
Pantelstücken zu Rath gegangen zu sein. Auf  
conservativer Seite ist es eine beliebte Klage  
gegen den Liberalismus, eine allzu große legisla-  
torische Productivität zu empfinden. Die erste Session  
der conservativen Aera steht aber in dieser Hin-  
sicht alle früheren Sessionen in Schatten. Wir  
sagen dies nicht, um einen Vorwurf zu erheben,  
sondern nur, um zu zeigen, daß die „Gesamtheit“  
eine in den Verhältnissen liegende Reife und  
Wohlthat der Liberalen.  
Die Reform der mecklenburgischen Landes-  
verfassung ist nach längerer Pause wieder auf die  
Tagesordnung gesetzt worden. Nachdem die Ver-  
handlungen darüber seit dem 18. März 1875 voll-  
ständig geruht hatten, forderten beide Großherzoge  
unter dem 9. December v. J. die Landtagsver-  
sammlung zur Wahl von Deputirten auf, welche  
durch einen vorläufigen Gedankenanstausch mit  
landesherrlichen Commissionsarien eine Verständigung  
über die Verfassungsfrage vorarbeiten sollten. Die  
Deputirten wurden auch gewählt, sie wurden  
aber nicht einberufen, und man zweifelte schon,  
ob überhaupt auf gegenwärtigem Landtage  
die Verfassungsreform wieder zur Sprache  
kommen würde. Am 7. December nun wurde  
die in Sternberg tagende Ständeversammlung  
durch ein Rescript des Großherzogs von  
Mecklenburg-Schwerin überrascht, durch welches  
die Stände von Neuem zur Wahl von Deputirten  
zu vorbereitenden Verhandlungen über die Ver-  
fassungsangelegenheit aufgefordert werden. Ein  
Beschluß hierüber wurde noch ausgesprochen. Doch  
wird derselbe voraussichtlich nicht ablehnend aus-  
fallen, wenigstens die Ritterschaft abgeneigter als  
je zu sein scheint, sich ernstlich auf eine Verfassungs-  
änderung einzulassen, und auch die Landchaft durch  
den inzwischen erfolgten Personenwechsel eine Ken-  
derung der Zusammenkunft erfahren hat, welche  
das Bewußtsein der Reformbedürftigkeit der Lan-  
desverfassung in ihr nicht gestärkt haben wird.  
Vorläufige Verhandlungen, wie sie beabsichtigt  
werden, sind vollkommen unbedenklich und dienen  
nur zu einer ganz unterhaltenden Unterbrechung  
der jahrelangen Pausen, an welchen die Verhand-  
lungen über die Verfassungsfrage seit dem Jahre  
1848 leiden. Mit der Wahl von Deputirten wird  
diese dann wiederum auf die lange Bank geschoben.  
Die Einberufung solcher Deputation pflegt erst  
einige Wochen vor dem nächsten Landtage zu er-  
folgen, auf diesem kann dann die Einigung der  
Regierung mit den Ständen und dieser letz-  
teren unter sich nicht erreicht werden, es folgt  
die Entlassung des Landtags mit dem Autorat  
des Bedauernd, daß noch immer der Verständigung  
Hindernisse sich entgegenstellen, und demnach  
wieder jahrelanges Schweigen auf Seiten aller  
Factoren der Gesetzgebung. Dies ist der schon  
oft wiederholte und daher nur zu bekannte Kreis-  
lauf. Und doch kann man nicht umhin, diesem  
Rangel an jedem wirklichen Fortschreiten der  
Angelegenheit den Vorzug zu geben vor der Ein-  
igung über ein Project, wie die Regierung es  
vorgelegt haben und zweifellos wieder vorlegen  
werden, ein Project, welches der Umbildung des  
mittelalterlichen Feudalstaates in eine moderne  
Form in Wi. f. s. eben so fern steht, wie die  
Wünsche der existirenden Anhänger des alten ab-  
solutistischen Staatswesens.  
Dem zur Berücksichtigung des Wollens der Ar-  
beiter gegünstigten Besenme „Concordia“ sind

neuerdings eine größere Anzahl von Städten des  
Baterlandes als corporative Mitglieder beigetreten,  
so die Städte Minden, Bitten, Hannover, Wies-  
baden, Diebrich, Rurkrade, Leipzig, Breslau,  
Regensburg, Worms &c. Wir begreifen diesen Er-  
folg des vaterländischen Vereins mit Freuden, da  
derselbe hierdurch um so eher in den Stand gesetzt  
wird, die beabsichtigte allgemeine Versicherung der  
arbeitenden Classe anzubahnen und der social-  
demokratischen Agitation das beste Argument: den  
mangelnden Schutz im Falle der Arbeitslosigkeit  
oder des Todes des Ernährers, zu entziehen. Auch  
die Beitrittsrückstellungen von Einzelpersonen aus  
allen Berufsclassen und Ständen nehmen, wie uns  
mitgetheilt wird, regen Fortgang, so daß der  
thätige und regsame Verein wenigstens nicht ver-  
gessen an die sociale Pflichterfüllung aller De-  
jenigen, welche Herz und Sinn für ein ebenso  
praktisches, wie patriotisches und humanitäres  
Vorgehen haben, appellirt zu haben scheint.

Die unglücklichen Nachrichten aus Wien über  
den wahrscheinlichen Ausgang der Wehrge-  
setzfrage hat in Berliner maßgebenden Kreisen Ver-  
stimmung hervorgerufen. Dasselbe ist sich doch bei  
uns nicht um ein größeres oder kleineres Interesse  
für eine kaiserliche Militärbudgetfrage, sondern  
um die Wehrfähigkeit und Schlagfertigkeit eines  
Allirten, um die deutsch-französiche Gesinnung  
seiner leitenden Staatsmänner und um den Ab-  
schluß handelspolitischer Verhandlungen zu  
Rath und Frommen der beiden contrahirenden  
Mächte. Die Hoffnungen auf eine befriedigende  
Austragung dieser Angelegenheiten sind in Berlin,  
wie man uns von dort meldet, auf ein besche-  
denes Maß gesunken. Man ist nicht geneigt, dem  
Ministerium Laaffe eine wohlwollende Politik  
gegen Deutschland zuzuschreiben, weil gerade in  
jüngster Zeit intime Briefe von Godesgraben  
an russische Staatsmänner zur Kenntniß gelangten,  
welche die eigentlichen Absichten des Chefs des  
conservativen Ministeriums schwer compromittirt  
haben. Bisher wäre es den Denkmälern des  
Vorfahrens des Grafen Schrenky während  
seines Aufenthaltes in Wien weder gelungen, den  
Gang der Verhandlungen mit der deutschen Regierung  
als zu einer Verständigung geeignet erscheinen zu  
lassen, noch in Berlin die betreffenden Stellen zu  
einem Entgegenkommen zu veranlassen.

Nach den neuesten Mittheilungen aus Peters-  
burg werden demnächst Polizeiregeln erlassen,  
die an Ausdehnung und Strenge alles Das über-  
treffen sollen, was bisher in dieser Beziehung ge-  
leistet worden ist. Eine Reorganisation der ge-  
heimen Polizei geht Hand in Hand mit diesen  
Maßregeln, weil in jüngster Zeit die Erfahrung  
gemacht wurde, daß eine Anzahl geheimer Poli-  
zisten sich im Solde der Verschworenen befunden  
habe. Ubrigens ist es unrichtig, daß die  
Sorge um die inneren Angelegenheiten den  
Gzaren davon abhalte, der auswärtigen Poli-  
tisch Russlands seine volle Thätigkeit zu wid-  
men. Wie berichtet wird, findet heute (Dien-  
stag) im Winterpalais großer Kronrath statt,  
in welchem diejenigen Angelegenheiten zur Sprache  
kommen, die im vorigen Sommer die Thätigkeit  
der russischen Diplomatie in Anspruch genommen  
haben. Selbstverständlich nimmt das Bündniß  
zwischen Deutschland und Oesterreich und  
die aggressive Politik Englands im Orient den  
ersten Platz in den Besprechungen des Kronrathes  
ein. Daß er sich auch mit Fragen über Personal-  
änderungen unter den Würdenträgern der Krone  
zu beschäftigen haben wird, glaubt man in Berlin  
bezuweilen zu müssen, seitdem die Reorganisation des  
fürsten Gortschakoff erwiesen hat, daß Alles, was  
über seine Entlassung aus dem Staatsdienste ge-  
sprochen und geschrieben wurde, auf Conjecturen  
beruht. Der russische Reichstanzler wird — wie  
man uns berichtet — nicht allein vom Peters-  
burger Hofe in seiner mächtigen Stellung gehalten.  
Der „Recherche“ schreibt: „Unser Correspondent  
in Rom sendet uns die interessanteste Nachricht,  
daß in den politischen Kreisen der italienischen  
Hauptstadt davon die Rede sei, es werde der ge-  
genwärtige Vertreter Russlands beim italienischen  
Hofe, Herr v. Uexküll, alsbald abberufen und  
durch seinen Vorgesetzten als den General Jgnat-  
tief ersetzt werden. Unser Correspondent fügt  
hinzu, daß General Jgnatoff während seines  
Aufenthaltes in Benebig und Florenz vielfach die  
Gelegenheit gesucht und gefunden hat, mit den  
Parteien der Linken und wohl auch mit Anhän-  
gern der Irrrodants zu verkehren, und daß nach al-  
dem sein Erscheinen in Rom nichts Gutes, mindestens  
nichts Erfreuliches zu bedeuten hat. Der Wunsch  
wir auch. Wir glauben, daß, wo immer dieser  
General Jgnatoff erscheinen mag, die Betroffenen  
und Betroffenen sich zu freuen wegen Ursache haben.  
Was seine Verlegung nach Rom betrifft, so würde  
sie allerdings die nöthigen hervorgehobene Besserung  
in den Beziehungen Italiens zu unserer Monarchie